Thorner Zeitung

Begründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 50 — Freitag, 28. Februar — 1919

Der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Polen von der interalliierten Kommission vereinbart.

Bromberg, 27. Februar. (Dr.) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat die interalliierte Kommission den Waffenstillstand zwischen Deutschland und Polen vereinbart. Als Demarkationslinie gelten die gegenwärtig von unseren vordersten Truppen eingenommenen Stellungen.

Demonstrationsstreik der Königsberger Arbeiterschaft.

Königsberg, 27. Februar. (Dr.) Als Protest gegen die Aufhebung der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen und namentlich gegen die weit bessere Verpflegung, die das Militär gegenüber der Arbeiterschaft erhält, hat diese beschlossen, am Donnerstag einen eintägigen Demonstrationsstreik durchzuführen, der um 8 Uhr morgens beginnen wird.

Streik der Eisenbahnarbeiter in Magdeburg.

Magdeburg, 26. Februar. (Dr.) Die Werkstätten- und Lokomotivarbeiter des Hauptbahnhofs legten heute mittag die Arbeit nieder. Der Zugverkehr erlitt starke Verspätungen.

Die Polizei- und Postbeamten in Leipzig streiken nicht.

Leipzig, 26. Februar. (Dr.) In einer heute abend von etwa 3000 Postbeamten und Beamtinnen abgehaltenen Versammlung wurde gegen nur drei Stimmen die Teilnahme am Streik abgelehnt und der Beschluß gefaßt, nur der Gewalt zu weichen. An die Regierung wurde ein Sympathie- und Ergebenheitstelegramm gerichtet.

Die Polizeibeamten haben beschlossen, sich im Interesse von Ruhe und Ordnung neutral zu verhalten und sich nur dann am Streik zu beteiligen, wenn sie gewaltsam dazu gezwungen werden.

Vom Generalstreik in Leipzig.

Leipzig, 27. Februar. (Dr) Der gestern beschlossene Generalstreik ist heute früh in Wirksamkeit getreten. Die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt. Es gibt weder Gas noch Elektrizität. Der Leipziger Bürgerausschuß erläßt in den bürgerlichen Blättern Aufrufe an die Leipziger Kaufmannschaft, Handwerkerschaft, an die städtischen und staatlichen Beamten, an die Aerzte, Apotheker, Rechtsanwälte und Lehrer, in denen aufgefordert wird, von heute mittag 12 Uhr an in einen allgemeinen Bürgerstreik einzutreten als Protest gegen den Generalstreik der Arbeiterschaft. Wie verlautet, soll der Vorsitzende des A.- und S.-Rates Seeger zurückgetreten und an seine Stelle Stadtverordnetenvorsteher Dr. Geyer getreten sein. Der Leipziger Hauptbahnhof ist in der vergangenen Nacht vollkommen geräumt worden. Auch die Wirtschaften sind geschlossen. Die Eingänge zum Bahnhof sind von Matrosen besetzt.

Der frühere Präsident von Braunschweig ein Spartakus.

Braunschweig, 27. Februar. (Dr) Wie die „Braunschweiger Landes-Ztg." berichtet, teilte der frühere Präsident des Freistaates Braunschweig Merges gestern in einer Versammlung mit, daß er das Mandat zur braunschweigischen Landesversammlung und zur Nationalversammlung niedergelegt habe. Er bekannte sich offen zum Kommunismus.

Die Ostafrikaner in Rotterdam eingetroffen.

Rotterdam, 26. Februar. (Dr.) Der Dampfer „Feldmarschall" mit den deutschen Ostafrikakämpfern an Bord, darunter der General v. Lettow-Vorbeck ist heute hier eingetroffen.

Deutschlands Entwaffnung.

In Weimar hat die Nationalversammlung das Reichswehrgesetz in erster und zweiter Lesung angenommen. Damit ist das deutsche Volksheer zu Grabe getragen, dessen Grundlage Scharnhorst und Gneisenau in den Jahren der tiefsten Erniedrigung Preußens schufen. In dies Volksheer waren die Ueberlieferungen der brandenburgisch-preußischen Armee aufgegangen, Ueberlieferungen, zu denen auch die Feldzüge Friedrichs des Großen gehörten. Wäre dieser Hohenzoller nicht eine außerordentliche Persönlichkeit gewesen, die fähig war, Seelenspannungen und Anstrengungen hohen Grades zu tragen, so wäre von Preußen nicht viel übrig geblieben. Wir haben den Krieg verloren, darüber hinaus einen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch erlitten, dessen furchtbare Ausmaße uns deshalb nicht so deutlich und sichtbar werden, weil wir ihn unmittelbar erleben. Indessen, kein Volk ist verloren und reif zum Untergange, das sich nicht selbst verloren gibt. Was in Weimar jetzt als Reichswehrgesetz verabschiedet ist, stellt nur einen Notbehelf dar. Selbst die Sozialdemokraten sehen diesen Behelf nicht als dauernde Einrichtung an, denn Noske erklärte am 25. Februar, daß das Reichswehrgesetz die Forderung des Erfurter Programms hinsichtlich der Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit nicht erfülle. Allein wird die neue Regierung für absehbare Zeit in der Lage sein, das Reichswehrgesetz, das nur schwache Freiwilligenverbände angesichts dringender militärischer Sicherungsaufgaben vorsieht, weiter auszubauen? Aus Paris kommen Nachrichten, die melden, daß die Verbündeten grundsätzlich entschlossen sind, Deutschland zu Wasser und zu Lande zu entwaffnen. Die Einzelheiten sollen so furchtbar sein, daß selbst der Vielverband Bedenken trägt, sie Deutschland bekanntzugeben, ohne daß nicht gleichzeitig auch andere Bedingungen bekannt werden, die die Entwaffnung erträglich machen. Der Plan geht offenbar dahin, uns im Rahmen der finanziellen Entschädigung schwer wirtschaftliche Lasten aufzubürden, die wir auf uns nehmen müssen, weil uns zuvor das Rückgrat gebrochen worden ist.

Die neue Regierung hat kein Recht, hier wieder die Sünden und Folgen des alten Systems zu wittern. Nicht sterblichen Kaisern und Königen, auch nicht irgendwelcher Herrschaftskaste galt der Krieg, sondern dem menschenreichen und bienenfleißigen Deutschland, das in unermüdlicher Arbeit nahezu die Werkstatt der Erde geworden war. Und diesem Volke werden auch die Friedensbedingungen diktiert, ganz einerlei, ob wir die Außenfront unseres Gebäudes halb sozialistisch und halb demokratisch aufputzen. Vielleicht gefällt den Gegnern dieser Aufputz um so besser, weil die Tore unbewacht sind, durch die fremde Einflüsse bei uns ungehindert aus- und einströmen können. Wir werden vielleicht das Recht haben, zu arbeiten, aber die Früchte werden nicht in unseren Scheuern reifen, sondern den Wolfshunger der Gegner stillen. Wenn wir uns trotzdem weigern sollten, in die Entwaffnung zu Wasser und zu Lande zu willigen, weil wir uns doch schließlich unserer Haut wehren müssen, da wir im Osten und Süden neue Nachbarn erhalten, deren imperialistische Raffgier im umgekehrten Verhältnis zu ihrer staatlichen und nationalen Kraft steht, so will der Vielverband uns durch Anwendung von Gewalt zur Annahme zwingen. Hat diese Drohung so Schreckhaftes an sich? Ist sie überhaupt auf die Dauer durchzuführen? Das menschenarme Frankreich kann nicht für absehbare Zeit Hunderttausende in Deutschland unter Waffen halten. Großbritannien vermag es noch weniger, denn seine weiße Volkskraft ist ganz gewiß nicht unerschöpflich. Weiter käme der Nachteil hinzu, daß die Wirtschaft Großbritanniens sich nicht wieder aufrichten ließe, sodaß die City zusehen müßte, wie die ehemaligen Ausfuhrländer industriell und finanziell erstarkten oder sich nach anderen Lieferanten umsahen. Gerade weil Deutschland gemäß den Pariser Beschlüssen nicht in den Völkerbund aufgenommen werden soll, muß es seine Hoheitsrechte aus eigener Kraft und aus eigenen Mitteln schützen können. Wenn es irgend einem überseeischen Raubstaat gefiele, deutsche Kaufleute oder deutsches Eigentum zu schädigen, so müßten wir dem wehrlos zusehen. Das wäre wieder ein Anreiz für andere Staaten, Deutschland von Zeit zu Zeit die rohe Faust spüren zu lassen. Ob der Völkerbund tatsächlich errichtet wird oder werden kann, steht mit Sicherheit noch nicht einmal fest. Wilson hat in Boston offen die Möglichkeit zugegeben, daß die Konferenz mißlingen könnte. Diese Aeußerung zeigt, wie tief die Gegensätze und Widersprüche im Vielverband klaffen, wie unvereinbar der Machthunger der Vielen mit der friedlichen Ordnung der Völkergemeinschaft ist. Deutschland kann und darf sich nicht entwaffnen lassen. Jedenfalls muß es die Wehrmacht behalten, die es in die Lage setzt, seine Würde und seine Hoheitsrechte gegen jeden Angriff von außen zu verteidigen.

Ueber die Bildung des preußischen Kabinetts.

Berlin, 27. Februar. (Dr.) In den Beratungen, die in Weimar zwischen den Sozialdemokraten und Deutsch-Demokraten und der christlichen Volkspartei gepflogen werden, ist man bezüglich der Bildnng des preußischen Kabinetts bisher zu keiner Einigung gekommen. Man hält aber an der Hoffnung fest, daß sich ein Zusammengehen der drei Parteien ermöglichen läßt. Eine Fortsetzung der Beratungen ist heute und zwar in Berlin angesetzt. Sonnabend, Montag und Dienstag werden dann die Landtagsfraktionen der drei Parteien in Berlin zusammentreten. Von den Beschlüssen der Fraktionen wird es dann abhängen, ob sich ein Einvernehmen erzielen läßt.

Aus dem Sitzungsbericht der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa vom 25. Februar.

Berlin, 25. Februar. (Dr.) In der Angelegenheit der beiden von den Franzosen in der Ostsee aufgebrachten deutschen Dampfer protestierte der deutsche Vorsitzende gegen die Aufbringung des Dampfers „Merkur", da diesem von der Waffenstillstandskommission selbst freie Fahrt zugesichert war. Anläßlich einer Notiz der „Daily Mail", die deutschen U-Boote in englischen Häfen sollten auf Abbruch verkauft werden, fragte die deutsche Kommission an, ob diese Mitteilung der Wahrheit entspreche.

Die Waffenstillstandskommission an die Deutschen in Posen.

Bromberg, 26. Februar. (Dr.) Auf das namens der in den deutschen Volksräten der Provinz Posen zusammengeschlossenen 800 000 Deutschen abgegangene Protesttelegramm ist heute folgende Antwort der Waffenstillstandskommission eingegangen: „Bestätigen das Telegramm vom 20. d. Mts. Die Festlegung einer Demarkationslinie ist nur eine provisorische Maßnahme und keine Präjudizierung der Friedensverhandlungen. Diesseits wird auf der Grundlage der Wilsonschen Programmpunkte alles geschehen, um die Abtrennung deutscher Gebietsteile vom Reiche zu vermeiden. Für Abwehrmaßnahmen ist die Reichsleitung zuständig. Eine Abschrift Ihres Telegrammes wurde dorthin gesandt.

Einnahme von Windau.

Libau, 25. Februar. (Dr) Die Stadt Windau wurde durch einen gleichzeitigen Angriff von der Land- und Seeseite, an dem reichsdeutsche Truppen und deutschbaltische Landwehr beteiligt waren, nach heftigem Kampf eingenommen.

Zur Lage in Mitteldeutschland.

Halle a. S, 26. Februar. Zum Protest gegen den spartakistischen Eisenbahnerstreik haben die Telegraphen- und Fernsprechämter, die übrigen Behörden und auch die Aerzte ihre Tätigkeit eingestellt. Die Hauptstraßen der Stadt werden von großen Menschenmassen durchzogen.

Erfurt, 26 Februar. Die hiesige Arbeiterschaft ist heute Morgen um 9 Uhr in Generalstreik getreten.

Der Schaden im Ruhrgebiet.

Essen, 25. Februar. Der durch den Ausstand der Bergarbeiter angerichtete Schaden ist vorläufig garnicht abzusehen. Ungezählte Millionen sind den Arbeitern durch den Lohnausfall und den Zechen durch die sinnlosen Zerstörungen an den Werkanlagen und die Stillegung der Betriebe verloren gegangen. Schwerwiegende Folgen hat der Streik insbesondere auch für die Gemeinden, die in ihrer Gas- und Elektrizitätsversorgung abhängig sind. Während stellenweise schon die größte Gasnot herrscht, waren die genanten Zechen auf den Kokereien gezwungen, über 200 000 Kubikmeter Gas in die Luft entweichen zu lassen, weil die Betriebsmaschinen stillstanden. In einigen Tagen werden die Koksöfen vollständig erkaltet sein. Eine Wiederaufnahme des Betriebes der Kokereien wird dann vor Ablauf von sechs Wochen kaum erfolgen können, da die Oefen nach einer wahrscheinlich werdenden Reparatur erst wieder angeheizt werden müssen.

Aschaffenburg im Belagerungszustand.

Aschaffenburg, 26. Februar. (Dr.) Der A.- und S.-Rat von Aschaffenburg hat den Belagerungszustand über den Stadt- und Landkreis und die Vorzensur über die Tageszeitung verhängt.

Prinz Max und Wilson.

Anfangs Februar hat Prinz Max von Baden in Heidelberg einen Vortrag gehalten, der im Märzheft der Preußischen Jahrbücher zum Abdruck gelangt. Es ist nicht ersichtlich, warum einige Wochen gewartet wurde, diese immerhin nicht bedeutungslose Kundgebung bekannt zu machen. Nicht nur wegen der Persönlichkeit des Prinzen, deren tragische Verflechtung mit dem Zusammenbruch ihn in die Geschichte eingehen lassen wird, sondern hauptsächlich um der Sache selbst willen. Prinz Max versucht nichts mehr und nichts weniger, als die Friedensbesprechungen auf ihren Ausgang zurückzuführen. Als Reichskanzler hat Prinz Max ein Zwiegespräch mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten über den Waffenstillstand geführt. Prinz Max macht nun darauf aufmerksam, daß nicht nur wir, sondern auch die Gegner die Grundlagen angenommen haben, die Wilson in seinen 27 Punkten umrissen hat. Inzwischen haben sich die Dinge erheblich anders entwickelt. Prinz Max hat nicht ohne Schrecken wahrgenommen, daß die Feinde in Paris von den von beiden Seiten angenommenen Grundlagen abwichen, daß sie den Rechtsfrieden in einen Gewaltfrieden umzufälschen suchen. Es ist richtig, daß Wilson für sich und den Verband die 27 Punkte als allgemeine Grundlage angenommen hat. Aber Wilson hat sich nicht widersetzt als diese Punkte in Paris anders ausgelegt wurden. Der Entwurf des vorläufigen Völkerbundes ist von Wilson selbst am 14. Februar veröffentlicht worden. Er schließt Deutschland aus, er verfügt über die deutschen Kolonien, er atmet so viel besonderes und allgemeines Mißtrauen gegen sich und andere, daß er niemals den Rahmen seiner wirklich friedlichen Völkergemeinschaft zu bilden vermag. Hat Prinz Max diese Entwicklung nicht vorausgesehen? Er sagt, Deutschland habe mit dem Präsidenten Wilson und dem Vielverband einen Vertrag abgeschlossen. Ferner habe uns der Präsident das Versprechen gegeben, daß der Friede kein diktierter Friede, sondern ein solcher der Unterhandlung sein solle. Von allem ist nichts übrig geblieben, denn aus Paris wird ja zum Ueberfluß gemeldet, daß wir uns auf einen Gewaltfrieden ohnegleichen gefaßt machen müssen. Wenn die Auffassung des Prinzen Max irgend etwas für sich hat, wie kommt es, daß die Politiker, die mit ihm zusammen die Regierung bildeten, die aber heute auf der verantwortlichen Stelle stehen, Scheidemann und Erzberger, niemals diese Auffassung vertreten haben? Hinter dieser Kernfrage der Darlegungen des Prinzen

Max treten seine übrigen Vorschläge zur Reinigung der Atmosphäre zurück. Daß Ausschüsse zusammentreten, die die Kriegsschuld, die Schuld an der Verlängerung des Krieges und die Völkerrechtsverletzungen ergründen sollen, mag gut gemeint sein. Wir haben ein unparteisches Urteil weder nach der einen, noch nach der anderen Seite zu fürchten. Gesündigt wurde innerhalb und außerhalb Deutschlands. Aber was muß das für ein Staatsmann sein, der jetzt solche Vorschläge macht und von ihnen Ersprießliches erwartet?

Wilson.

Washington, 26. Februar. (Dr.) Reuter. Es verlautet, daß Wilson erst nach seiner nächsten Rückkehr aus Europa eine Sondertagung des Kongresses einberufen wird. Wilson hält es für seine Pflicht, in Europa so lange zu bleiben, bis der Friede geschlossen ist.

Wilson in Washington.

Genf, 26. Februar. (Dr.) Nach einer Havasmeldung ist Präsident Wilson in Washington eingetroffen.

Vereiteltes Attentat auf Wilson?

Berlin, 25. Februar. (Dr) Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." aus dem Haag meldet „Holland Nieuws Büro" aus Washington, daß auf den Präsidenten Wilson von einem Anarchisten namens Nargosky ein Anschlag verübt worden ist. Nargosky wurde bei dem Versuch, in die Wohnräume des Präsidenten im Palasthotel in Boston einzudringen, auf der Treppe überrascht und nach heftigem Kampfe überwältigt. Er trug einen Revolver bei sich und erklärte, daß er versuchen wollte, den Präsidenten zu sprechen.

Amsterdam, 26. Februar. (Dr.) Hier ist von einem angeblichen Attentat auf Wilson nichts bekannt.

Amerikanische Lebensmittel für Polen.

Danzig, 26 Februar. (Dr.) Die amerikanischen Dampfer „Lake Clear" und „Lake Eckart" sind mit Lebensmitteln für Polen an Bord im hiesigen Hafen eingetroffen.

Holländisch-belgische Katzbalgereien.

Haag, 26. Februar. (Dr.) Das Korr.-Büro meldet, daß der Minister des Aeußeren heute nachmittag in der zweiten Kammer erklärte, daß ihm auf sein Ersuchen um nähere Aufklärung über die durch die belgische Regierung in Paris gemachten Mitteilungen zugestanden sei, Verhandlungen über die Revision gewisser Bestimmungen und Verträge vom 19. 4. 1839 zu eröffnen. Die belgische Abordnung habe den Wunsch geäußert, daß Holland als Unterzeichner dieses Vertrages an den Verhandlungen teilnehme. Der Minister stellte fest, daß die belgische Regierung der Einladung der holländischen Regierung, ihr Einblick in die Angelegenheiten zu geben, nicht nachgekommen sei. Wenn dadurch die Angelegenheit in eine Phase kommen sollte, die dieses Einvernehmen beeinträchtigen würde, dann weise die Regierung jede Verantwortung dafür zurück. In diesem Sinne habe sie an die belgische Regierung berichtet, auf ihr Ersuchen um Aufklärung zurückzukommen.

Internierung früherer ungarischer Minister.

Budapest, 26. Februar. (Dr.) Aufgrund eines Beschlusses des Ministerrats wurde die Internierung des ehemaligen Landesverteidigungsministers Baron Sharny und des ehemaligen Handelsministers Baron Szeterenyi verfügt. Sie werden beschuldigt, durch ihr Verhalten eine zwecklose Fortsetzung des Krieges gefördert und so die außenpolitische und wirtschaftliche Lage des Landes verschlechtert zu haben. Durch die Internierung sollen sie verhindert werden, vor ihrer Versetzung in den Anklagezustand das Land zu verlassen. Die Internierung einiger weiterer, vorläufig unter Polizeiaufsicht gestellter Personen dürfte im Laufe des heutigen Tages erfolgen.

---

4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Mittwoch, 26. Februar 1919.

Am Magistratstische: Oberbürgermeister Dr. Hasse, Bürgermeister Stachowitz, Stadtbaurat Kleefeld, Syndikus Kelch, die Stadträte Asch, Scheidling, Mallon, Walter, Dr. Meyer, Urbanski und juristischer Hilfsarbeiter Assessor Neumann.

26 Stadtverordnete sind erschienen.

In Abwesenheit des erkrankten Stadtverordnetenvorstehers Chefredakteur Wartmann übernimmt der Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Kittler den Vorsitz Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Zustimmung zur Gewährung von 10% Zuschlag zu den Gehältern der Magistratsmitglieder für das Jahr 1919. Berichterstatter Stadtv. Krause erklärt sich gegen die Vorlage, da er die Gewährung einer Zulage von 10% an die oberen Beamten, die teilweise ein Einkommen bis zu 15000 Mark jährlich beziehen, für ungerecht halte im Verhältnis zu den in der letzten Sitzung den Beamten und Ruhegehaltsempfängern bewilligten Zuschlägen die je nach der Gehaltshöhe 25%, bezw. 15% bezw. 10% betragen. Man hätte besser getan die niedrigen Gehälter mehr zu berücksichtigen, die unter der Teuerung am meisten zu leiden hätten. Berichterstatter bittet die Vorlage abzulehnen.

Stadtrat Asch: Die Vereinigten Ausschüsse haben mit Ausnahme des Stadtv. Krause der Vorlage ihre Zustimmung gegeben, weil sie sich sagten: Was den Beamten recht ist, ist den Magistratsmitgliedern, die von der Teuerung ebensogut betroffen werden, billig. Ich bitte daher, gegen die Vorlage keine Einwendungen zu erheben. Stadtv. Stenzel unterstützt den Antrag Krause, indem er die Vorlage an den Magistrat zurückzugeben bittet. Es sei wohl zu erwägen, die großen Einkommen herabzusetzen und die kleinen zu erhöhen; vor allem müsse eine feste Grenze gezogen werden, über die hinaus Zulagen nicht mehr gewährt werden dürfen.

Stadtv. Dombrowski: Es ist eine undankbare Sache, für die Aufbesserung der höher besoldeten Beamten einzutreten, und trotzdem tue ich es. Die höheren Beamten können ihre Lebenshaltung nicht noch weiter einschränken als sie es schon getan haben. Zudem muß man in Betracht ziehen, mit welcher Arbeitsfreudigkeit die Herren während der Kriegsjahre ihre mühseligen Pflichten erfüllt haben. Stadtv. Gerson tritt ebenfalls für die Gewährung der Zulage ein. Die Intelligenz und höhere Bildung müssen bezahlt werden. Stadtv. Schlee neigt der Meinung des Stadtv. Stenzel zu und bittet, nicht automatisch zu verfahren. Stadtv. Krause schlägt vor, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben und ihm anheim zu stellen, eine neue Vorlage auszuarbeiten, die die hohen Einkommen besonders berücksichtigt. Es sei ungerecht, z. B. Oberbürgermeister Dr. Hasse, der ein Einkommen von 15500 Mk. und 1500 Mk. außergewöhnliche Zulagen beziehe, und Forstrat Loewe, dessen Gehalt mit Nebenbezügen etwa 13500 Mk. betrage, noch obendrein 10 Proz. Zulagen zu gewähren. Stadtrat Asch stellt die Höhe des vom Stadtv. Krause erwähnten Gehalts des Forstrats Loewe richtig. Dieser beziehe ein Anfangsgehalt von 4500 Mk. steigend in 6 Zulagen um je 500 Mk. bis 7500 Mk, 450 Mk. Entschädigung für Dienstland und an Dienstaufwandkosten 2200 Mk Stadtv Gerson schlägt vor, den Magistratsmitgliedern mit einem Einkommen bis zu 10000 Mk. 10 Proz. Zuschläge zu gewähren, über das hinaus 5 Proz. Stadtv. Willimczik hält eine gleichmäßige Regelung auf der Grundlage von 7½ Prozent bis zum Höchstbetrag von 1000 Mk. für angebracht. Stadtv. Krause schließt sich darauf diesem Vorschlag an.

Stadtv. Grunwald stellt den Antrag, allen Magistratsmitgliedern ohne Rücksicht auf die Gehaltshöhe 700 Mk. als Zulage zu gewähren. Nach längerer Auseinandersetzung wird dieser Antrag genehmigt und die Magistratsvorlage abgelehnt.

2. Zustimmung zur Aenderung des Paragraphen 20 des Ortsstatuts vom 22. 5. 1912 usw. betreffend Anstellung, Pensionierung und Fürsorge für die Hinterbliebenen der Beamten der Stadt Thorn. Es wird davon ausgegangen, daß man die Beamtenwitwen, die nach dem Statut nur eine Höchstpension von 2000 Mk. beziehen dürfen, nicht schlechter stellen dürfe, als die der Staatsbeamten. In Zukunft wird also die Festsetzung des Ruhegehalts in Anlehnung an die staatlichen Grundsätze erfolgen. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen, desgleichen ein Zusatzantrag, wonach den Witwen und Waisen auf Vorschlag des Stadtv. Wichert 400 Mk. gezahlt werden.

3. Beschlußfassung über den Antrag der Elektrizitätswerke auf weitere

Erhöhung der Tarife für Gas und Elektrizität und Straßenbahnfahrten.

Berichterstatter Gerson teilt hierzu mit: Am 11. 2. fand eine Kommissionssitzung zum Zwecke der Prüfung der vom Elektrizitätswerk vorgeschlagenen Erhöhung der Tarife für Elektrizität und Gas statt. Nach eingehender Prüfung aller Belege kamen wir, die fiktive Bilanz von 1918 zu Grunde legend, nach langem Handeln mit den Elektrizitätswerken zu folgendem Ergebnis: Es können die Werke mit einem als sicher anzunehmenden Verlust von 60000 Mark rechnen. Die Preise für Gas sollen daher von 29 Pf. das Kubikmeter auf 40 Pf., für elektrische Beleuchtung von 55 Pfennig die Kilowattstunde auf 80 Pfennig und der Stromverbrauch an elektrischer Kraft von 25 Pfennig auf 30 Pfennig erhöht werden. Ferner sind die in der letzten Sitzung erwähnten Teuerungszulagen an die fünf vom Elektrizitätswerk übernommenen früheren Beamten der Stadt bezahlt worden.

Von den Stadvv. Krause und Gerson wurden in der Kommissionssitzung Klagen über die haarsträubenden Zustände auf den Bahnlinien Mocker und Culmer-Vorstadt vorgebracht. Es wurde verlangt, diese Linien mit der Linie Bromberger-Vorstadt gleichzustellen, dazu sollte wenigstens ein Teil der Wagen von der Bromberger Vorstadt auf die Linie Mocker und Culmer-Vorstadt überzuleiten versucht werden, damit die Bewohner dieser Vorstädte den Eindruck gewönnen, daß sie ebenso behandelt werden wie die Bewohner der Bromberger Vorstadt. Da Stadtbaurat Kleefeld versprochen habe, das Projekt des Umbaus der Weiche am Koppernikus-Denkmal auszuarbeiten, ohne den eine Ueberführung der Wagen von der Linie Bromberger-Vorstadt auf die Linie Mocker nicht möglich ist, hoffe man, in absehbarer Zeit die Mißstände auf den genannten Linien behoben zu sehen. Die Preise habe man wie folgt geregelt: Es kostet eine Einzelfahrt ohne Umsteigeberechtigung 20 Pf., eine Doppelkarte 35 Pfennig, 8 Fahrkarten ohne Umsteigeberechtigung 1,30 Mk., 25 Schülerkarten 2 Mark.

Stadtv. Groß bittet um Auskunft, warum das Elektrizitätswerk nicht, dem Beispiel anderer Städte folgend, Monatskarten einführe, die beliebig benutzt werden können, und ob auch in anderen Städten Erhöhungen der Gas- und Stompreise vorgenommen seien.

Stadtrat Asch: Die Tariferhöhungen sind in fast allen anderen Städten schon eingeführt oder werden in allernächster Zeit vorgenommen werden. So hat Danzig schon am 7. Januar den Gaspreis auf 37 Pfennig angekündigt, der sich in diesen Tagen nach Zeitungsankündigungen noch erhöhen dürfte. Einzelne Städte sind bis auf 1 Mark heraufgegangen. Die Verhältnisse der Gasanstalt sind am ungünstigsten, weil sie nur sehr wenig Kohle erhält und am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen ist. Ferner ist das System der Gasanstalt derart veraltet, daß im Verhältnis zu den neuzeitlichen Anstalten ungleich mehr Arbeitskräfte zur Aufrechterhaltung des Betriebes erforderlich sind. Die Preise für die Straßenbahnfahrten haben erhöht werden müssen. Die frühere Monatskarte ist, weil sie sehr wenig gekauft wurde, in Fortfall gekommen. Dafür ist auf meinen Vorschlag eine Reform eingeführt worden, indem nach dem Muster von Berlin eine Doppelkarte ausgegeben wird. Die Achterkarte ist übertragaar und kann von sämtlichen Familienmitgliedern benutzt werden. Wir haben die Erhöhung der Preise bewilligt, weil wir den Elektrizitätswerken nicht zumuten konnten, mit dieser Unterbilanz weiter zu arbeiten. Wenn man die außerordentliche Steigerung der Arbeitslöhne und der Preise für Kohle in Betracht zieht, so wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß die Erhöhung der Bezugspreise für Gas und Elekrizität unbedingt notwendig war.

Stadtv. Wichert stellt den Antrag, die Fahrpreise auf den Linien Mocker und Culmer Vorstadt mit Rücksicht darauf, daß sie in der Hauptsache von der arbeitenden Bevölkerung benützt werden und daß das rollende Material sich in höchst mangelhaftem Zustande befindet, nicht zu erhöhen.

Stadtv. Krause: Ich habe von jeher die Ansicht vertreten, daß die Verhältnisse der in Frage stehenden beiden Straßenbahnlinien menschenunwürdig sind. Es tut mir leid, sagen zu müssen, daß die Leitung der Elektrizitätswerke den Wünschen der Bürgerschaft zu wenig entgegenkommt. Ich stütze mich hierbei auf die Aeußerung des Herrn van Perlstein, der die in verschiedenen Eingesandts zum Ausdruck gebrachten Anwürfe der Bürgerschaft mit folgenden Worten abtut: „Die klugen Ratschläge der Bürgerschaft können wir nicht gebrauchen!" Die Bemängelung der der Besserung fraglos bedürftigen Zustände in der Gasbelieferung, die durch Eingesandts der Thorner Bürger zum Ausdruck kommt, glaubt Herr v. P. einfach als „kluge Ratschläge, die er nicht annehmen könne, bei Seite schieben zu dürfen. Wie wenig Verständnis Herr v. P. für die Notlage, in der wir uns befinden, hat, geht auch aus dem Umstande hervor, daß er zu dieser Sitzung nicht einmal erschienen ist. Meiner Meinung nach hätte es seine Pflicht sein müssen, der heutigen Aussprache beizuwohnen. Daß er es nicht getan hat, bestärkt meine über ihn gefaßte Meinung, er will eben nicht die Bitten der Bürgerschaft hören. Es ist nun vom Magistrat zugesagt worden, daß in allernächster Zeit die Weiche am Koppernikusdenkmal umgelegt wird, damit dürften sich die Zustände dann endlich bessern. Deswegen gebe ich der Magistratsvorlage meine Zustimmung.

Stadtv. Aronsohn stellt den Antrag, die Preise für elektrische Kraft nicht zu erhöhen. Dem Magistrat müsse bei der Bewilligung der höheren Bezugspreise für Gas und Strom aber auch das Recht eingeräumt werden, diese Bewilligung mit kurzfristiger Kündigung wieder rückgängig machen zu können. Stadtrat Asch schlägt darauf eine 6wöchige auf jeden Monatsersten zulässige Kündigung vor.

Stadtv. Dr. Wolpe hält den Preis von 40 Pfg. für Kochgas für reichlich hoch und bittet, ihn auf 35 Pf. das Kubikmeter zu ermäßigen, da besonders die ärmere Bevölkerung von dieser Erhöhung betroffen würde. Redner gibt hierauf seinem Erstaunen Ausdruck, warum nicht in Thorn wie in anderen Städten wirkliche Monatskarten eingeführt werden. Der Verkehr nach Mocker sei mehr als lebensgefährlich. Warum der 7½-Minutenverkehr nicht eingeführt werde, sei ihm unverständlich. Daß die bisherigen sogenannten Monatskarten so wenig Eingang beim Publikum gefunden haben, habe teilweise seinen Grund darin, daß sie nur im Büro der Elektrizitätswerke zu kaufen gewesen seien. Der Verkauf müsse auch dem Kondukteur mit übertragen werden, dann würden die Monatskarten auch Absatz finden. Redner stellt den Antrag, Monatskarten einzuführen, bei denen man nicht an eine bestimmte Zahl von Fahrten gebunden ist, und den Preis für Kochgas auf 35 Pfennig herabzusetzen.

Oberbürgermeister Dr. Hasse: Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Tariferhöhung notwendig ist. Es kann nicht behauptet werden, daß die Elektrizitätswerke ausschließlich für ihren eigenen Vorteil wirtschaften. Ich bitte auch, an den zu Grunde gelegten Zahlen, die von der Kommission für angemessen anerkannt worden sind, keine nachträglichen, willkürlichen Streichungen vorzunehmen. Warum haben Sie denn eine Kommission eingesetzt?

Stadtv. Krause: Die Bürgerschaft ist sich darüber einig, daß der Betrieb der Elektrizitätswerke auf keinen Fall so bleiben kann. Wenn es der jetzigen Leitung nicht möglich ist, Besserungen, wie sie die Oeffentlichkeit wünscht, herbeizuführen, so müssen eben Mittel und Wege gefunden werden, den Betrieb einer anderen Leitung zu übertragen. Ich vertrete damit die Ansicht von mindestens ¾ der Bürgerschaft. Es gibt nur zweierlei: Entweder gibt sich die Leitung die redlichste Mühe, die Verhältnisse im Sinne der Bürgerschaft zu bessern, oder sie geht!

Stadtbaurat Kleefeld macht auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, die mit der Versetzung des Koppernikusdenkmals verbunden sind. Das Projekt erfordere einen Aufwand von ungefähr 23000 M.

Stadtv. Meinas hält als Mitglied der Kommission, die die Prüfung der Gas- und Elektrizitätspreise übernommen hatte, die Gründe, welche die Elektrizitätswerke zur Erhöhung der Preise veranlaßten, für stichhaltig. Daß die Elektrizitätswerke bei der Zahlung der Teuerungszulagen an die fünf Beamten wiederum die „Freiwilligkeit" der Zahlung betonen, habe ihn in Verwunderung gesetzt. Bei dieser Vorlage habe er eigentlich erwartet, daß die Elektrizitätswerke den Beamten das Recht auf die Zulagen eingeräumt hätten. Die Beamten verzichten auf die Freiwilligkeit, sie wollen nur ein Recht. Sodann wird vom Redner der Antrag gestellt, entgegen dem Verlangen des Elektrizitätswerks die Preiserhöhung erst mit Wirkung vom 1. 3. ab zu erhöhen.

Oberbürgermeister Dr. Hasse und Stadtv. Krause betonen nochmals, daß den Elektrizitätswerken vertragsgemäß keine Verpflichtung zur Zahlung der Teuerungszulagen auferlegt werden kann. Stadtv. Felske beantragt Schluß der Aussprache. Die Versammlung nahm darauf einstimmig den Kommissionsantrag mit dem Zusatzantrag des Stadtv. Wolpe an, daß den Elektrizitätswerken anheimgestellt werden sollte, nach dem Muster anderer Städte Monatskarten einzuführen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

4. Anfrage des Stadtv. Schlee: Gedenkt der Magistrat die Zahlung der Entschädigungen an die in der Stadtverwaltung tätigen Mitglieder des A.- und S.-Rates weiter zu leisten, ohne die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung einzuholen, und wie lange?

Hierzu führt Stadtv. Schlee aus: Wie ich gehört habe, wird der A.- und S.-Rat am 1. März aufhören zu bestehen. Wir werden dann aller Voraussicht nach zwei Räte bekommen, einen Arbeiterrat und einen Soldatenrat. Bei dieser Sachlage hat meine Anfrage den größten Teil ihrer Bedeutung verloren, trotzdem möchte ich sie nicht zurükziehen. Wie lange gedenkt der Magistrat die Entschädigungen ohne unsere Einwilligung zu zahlen! Selbstverständlich liegt meiner Anfrage nicht eine Spitze zugrunde. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert ist, daß aber diejenigen, welche nicht gearbeitet haben, auch keine Bezahlung bekommen dürfen.

Oberbürgermeister Dr. Hasse: Die Vergütungen an die Angehörigen des A.- und S.-Rates weisen zwei verschiedene Formen auf, die Ihnen in der vorigen Sitzung erklärt worden sind. Die Herren, welche dauernd in der Verwaltung usw. tätig sind, erhalten nach wie vor ihre monatliche Entschädigung. Ueber die Bezahlung der anderen, vorübergehend bei uns beschäftigten Mitglieder des A.- und S.-Rates wird Ihnen in Kürze eine Vorlage zur Genehmigung gebracht werden. Da gestern beschlossen wurde, daß der Soldatenrat sich um die Tätigkeit der Zivilverwaltung nicht mehr zu kümmern hat, kann für diese Herren eine Bezahlung nicht mehr in Frage kommen.

Eine Aussprache über diesen Punkt wurde abgelehnt.

Ohne jede Auseinandersetzung stimmte die Versammlung folgenden Punkten zu:

4. Nachbewilligung von 3900 M. zu Ausgabe-Titel 5/1a, 400 M. zu Ausgabe-Titel 1b und 700 M. zu Ausgabe-Titel 1c des Haushaltsplans der Theater-Verwaltung für 1918.

5. Nachbewilligung von 2000 M. zu Ausgabe-Titel 4/1 des Haushaltsplans des Krankenhauses für 1918.

6. Nachbewilligung von 10 000 M. zu Ausgabe Titel 2/1 des Haushaltsplans des Krankenhauses für 1918.

7. Nachbewilligung von 1500 M. zu Ausgabe Titel 3/7 des Kämmereihaushaltsplans für 1918.

8. Nachbewilligung von 2000 M. zu Ausgabe Titel 4/1 des Kämmerei-Haushaltsplanes für 1918.

9. Nachbewilligung von 892,78 M. für die Einrichtung der elektrischen Lichtanlage im Einwohnermelde- und Standesamt.

10. Nachbewilligung von 200 M. zu Ausgabe-Titel 13/13 des Schulhaushaltsplans für 1918.

11. Nachbewilligung von 1200 M. zu Ausgabe-Titel 5/1 des Haushaltsplans der 3. Gemeindeschule.

12. Rechnungslegung der Testament- und Almosenhaltung für das Rechnungsjahr 1916.

13. Rechnungslegung der Siechenhauskasse für das Rechnungsjahr 1917.

14. Festsetzung des Haushaltsplans der Stadtsparkasse für 1919.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Nicht öffentliche Sitzung.

Folgende Vorlagen wurden genehmigt:

1. Festsetzung des Dienstaufwandes des Forstrats Löwe auf 4800 Mark für die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920.

2. Bewilligung von 411,30 M. Umzugskosten für den Betriebsingenieur Jahn.

3. Zustimmung zur Anstellung des Bauassistenten Neumann vom 1. März 1919 ab auf Lebenszeit.

4. Zustimmung zur Anstellung des Polizeisergeanten Haase vom 1. April 1919 auf Lebenszeit.

5. Beschlußfassung über den Antrag des Stadthauptkassenkontrolleurs a. D. Bader auf anderweite Festsetzung seines Ruhegehaltes.

6. Zustimmung zur Versetzung der Schwester Emilie Makuth in den Ruhestand und Festsetzung des Ruhegehalts auf 600 Mark jährlich vom 1. Januar 1919 ab.

7. Festsetzung des Witwen- und Waisengeldes für die Witwe des Sparkassenbuchhalters Hardt auf 1117,20 M. jährlich.

Stadttheater.

Die Faschingsfee. Operette in drei Akten von Dr. A. M. Willner und Rudolf Oesterreicher. Musik von Emmerich Kalman. — Auch das Jahr 1919, in dem Deutschlands Zusammenbruch durch den Friedensvertrag verbrieft und besiegelt werden soll, hat seinen kalendermäßigen Fasching. Diesen Fasching in der furchtbaren Wirklichkeit unserer Tage gewinnbringend zu verwerten, sind bestimmte Gewerbe, die man unter dem Namen Vergnügungsgewerbe zusammenfassen könnte, eifrig bemüht. Man denke nur an die zahllosen Ankündigungen von Tanzvergnügen, Kappenfesten und anderen Zeitvertreib. Demselben Bemühen verdankt wohl auch die „Faschingsfee" ihre Entstehung. Sie stellt einen Versuch dar, die ganze Faschingsausgelassenheit zu einem Schaustück der Bühnentechnik zu gestalten. Diesem Bestreben kam die Theaterleitung mit einer für eine mittlere Bühne geradezu glänzenden Ausstattung entgegen. Dieser Umstand und die zahlreichen Tänze sicherten dem Stück den Beifall derjenigen, die auch in dieser trostlosen Zeit die Narrenkappe nicht entbehren können. Ihrer gibt es, wie das ausverkaufte Haus bewies und wie voraussichtlich zahlreiche Wiederholungen bestätigen werden, mehr als genug. Die erste Wiederholung des Stückes hat man ja sozusagen bereits gestern erlebt; denn der Beifall ließ keine der größeren Tanz- und Gesangsszenen vorübergehen, ohne den nochmaligen Genuß zu fordern. „Heiter das Leben, traurig die Kunst", — bei Schiller heißt es anders — denkt man sich unwillkürlich, wenn man dem Treiben als innerlich Unbeteiligter zusieht. In dem gegebenen Rahmen boten die Mitwirkenden unter Herrn Wiesners Spielleitung ihr Bestes. Die Beliebtheit von Fräulein Mühlberg, zu deren Gunsten die Vorstellung stattfand, kam in einer Fülle von Blumen und Ehrengaben sichtbar zum Ausdruck. In der Titelrolle hatte sie Gelegenheit, ihr Können zu zeigen. Im übrigen traten besonders hervor die Damen Hagen als Choristin Aschenbrenner und Blumenfeld als Leiterin der Tänze, ferner die Herren Wildt als Maler Ronai und Walbröhl als Hubert von Mützelburg. Die Musik ist reich an Anklängen an längst Bekanntes. —id.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 27. Februar 1919

Der Thorner Vollzugsausschuß und Soldatenrat aufgelöst.

Mit dem heutigen Tage hat der Thorner Vollzugsausschuß und Soldatenrat seine Tätigkeit eingestellt. An seine Stelle tritt der aufgrund der nunmehr gültigen gesetzlichen Bestimmungen neu gewählte Garnison-Soldatenrat der Festung Thorn, der seine Arbeit bereits aufgenommen hat. Ihm gehören die Herren Böhme, Flöter und Richter an.

— **Schutz den deutschen Gefangenen!** Wie aus dem Anzeigenteil hervorgeht, soll eine Ortsgruppe des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hier in Thorn gegründet werden. Es ist zu diesem Zwecke eine öffentliche Versammlung auf Sonntag Nachmittag in der Aula der Mädchenmittelschule anberaumt. Pfarrer Johst wird in einem einleitenden Vortrage die Ziele und Forderungen des oben genannten Volksbundes darlegen. Dieser will mit aller Gewalt darauf dringen, daß unsere Gefangenen sofort ausgeliefert werden. Zur Erreichung dieses Zieles bedarf es aber des Zusammenschlusses aller derer, denen das Los unserer Gefangenen zu Herzen geht, gleichviel welchem Beruf oder welcher Religion sie angehören mögen. Sie werden zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

— **Ueber den Aufenthalt des Generals Dupont in Posen** erhält die „Pos. Ztg." von maßgebender polnischer Seite folgende Einzelheiten: „General Dupont wünschte sich zu überzeugen, ob die Polen bereit wären, den Kampf mit den Deutschen einzustellen und sich der Entscheidung des Marschalls Foch hinsichtlich der Bildung einer Demarkationslinie zu fügen. Es stellte sich als notwendig heraus, die an allen Kampfabschnitten bestehenden Verhältnisse genau zu prüfen und einen Ueberblick über die Gebiete zu gewinnen, die zu räumen und die anderseits zu besetzen seien. Auch der Gedanke, eine nutrale Zone auf beiden Seiten der Demarkationslinie zu schaffen, wurde erwogen. Die polnischen Zivil- und Militärbehörden brachten hinsichtlich der vom Marschall Foch diktierten Bedingungen Wünsche zum Ausdruck, die von den Interessen der polnischen Bevölkerung eingegeben waren. General Dupont versprach diese Wünsche den maßgebenden Instanzen vorzulegen. Angesichts der Disziplinlosigkeit des „Heimatschutzes" seien alle Aenderungen in der Kampflinie unvorteilhaft und zwar sowohl vom Standpunkte der militärischen Interessen, als auch mit Rücksicht auf das Wohl der Bevölkerung. Außerdem schilderte der Kommissariat des Polnischen Obersten Volksrates dem General Dupont die bejammernswerte Lage der polnischen Bevölkerung außerhalb der Kampflinie in Schlesien, West- und Ostpreußen, wie im Inneren Deutschlands. Das Kommissariat richtete zu Händen des Generals Dupont die genau begründete Bitte an die Koalition, sich der polnischen Mitbrüder anzunehmen und ihnen politische Freiheit, insbesondere aber freien Verkehr mit den gesamten übrigen Polen und den rechtmäßigen polnischen Behörden zu gewährleisten."

— **Eine öffentliche Versammlung der Freien Gewerkschaften Thorns,** fand, einberufen vom Gewerkschaftskartell, gestern Abend im Bürgergarten statt, die, wohl gut besucht, nicht den von den Einberufern gewünschten demonstrativen Massenzustrom aufzuweisen hatte. Genosse Me tkowski eröffnete die Versammlung mit einem Nachruf für den ermordeten Ministerpräsidenten Eisner. Hierauf sprach Genosse Neumann über das Thema der Tagesordnung: „Herabsetzung der Arbeitslöhne oder Herabsetzung der Lebensmittelpreise." Wie schon in den Zeitungen angekündigt, waren Vortrag und Diskussion auf Verunglimpfung der bürgerlichen Parteien und ihrer Presse eingestellt, wozu wieder einmal die genugsam bekannte Fabel von der Reaktion den Stoff hergeben mußte. Redner führte aus, daß die Arbeiterschaft bei den heutigen Löhnen kaum ihr Leben fristen könne. Die sozialistische Regierung habe zu Beginn der Revolution einige Arbeiterforderungen durchgeführt (8 Stundentag), aber ihre politische Macht sei ein Fragment, da bei sieben sozialistischen Volksvertretern bei dreizehn Ministersitzen von einer sozialistischen Regierung nicht die Rede sein könne. Die Bürgerlichen aber seien geschworene Feinde der Arbeiterschaft, die ihr mit Abschaffung des Arbeiterräte-Systems den Boden unter den Füßen wegzuziehen bestrebt seien. Vielfach wurden Lohntarife abgeschlossen mit Lohnerhöhungen um 100—150 Prozent ein Erfolg, mit dem man zufrieden sein könnte, wenn das organisierte Händlertum und die Kaufleute sich nicht die Not des Volkes zunutze gemacht und Kleidungsstücke, Gebrauchsgegenstände und Lebensmittel durch Aufschläge von 500 bis 1000 Prozent über jedes Maß verteuert hätten. Leider hätten sich auch die Mehrheitssozialisten zu sehr nach rechts drängen lassen, wodurch den Arbeiterforderungen die Aussicht auf Erfolg stark geschmälert werde. Den bürgerlichen Parteien, d. h. der besitzenden Klasse, könne nur dringend angeraten werden, die Warnungen zu beachten, da „sonst für nichts garantiert werden könne." Nach wie vor würde der Gewerkschaftler am sozialdemokratischen Programm festhalten als derjenige, durch dessen Hände Arbeit alle Kulturwerte und alles zum Lebensunterhalt Notwendige erschaffen werde, als derjenige, dessen Geist die politische Vormachtstellung fordere und rechtfertige. Weigere sich die Führerschaft mitzumachen, dann werde man über ihre Köpfe hinweg operieren, selbst auf die Gefahr hin, von der bürgerlichen Presse als Spartakus verschrieen zu werden. Wenn es nicht möglich sei, auf dem Arbeitswege höhere Löhne durchzudrücken, dann werde man eben streiken. Es seien in Thorn bisher fünf Tarifverträge abgeschlossen worden und das Unternehmertum könne nichts Gescheiteres tun, als sich den Verhandlungen zugänglich zu zeigen, was sowohl in ihrem wie im Interesse der Arbeiter läge. Vielfach werde jetzt der Ruf laut nach Arbeitern für das Land, dessen restlose Bestellung und damit die Lebensmittelversorgung infrage gestellt sei. Bei Löhnen von 2 Mark täglich und darunter, ja bei 70 Pfg. mit Deputat, werde es jedoch keinem Arbeiter einfallen, aufs Land zu gehen. Deswegen sei aber noch lange nicht die Ernte infrage gestellt; man brauche das Land nur zu freier Verfügung aufzuteilen, dann würden sich auch Arbeiter die schwere Menge finden, die, weil sie einen Nutzen davon haben, die Bearbeitung des Landes übernehmen. Die Soziglisierung der Betriebe nach dem Muster Bayerns sei das Ziel, wofür mit allen Kräften agitiert werden müsse, das Ziel, von dem alles Heil für den Arbeiter komme. Die bürgerlichen Parteien seien bemüht, das zu verhindern, sie wünschen die Zersplitterung der Arbeiterschaft und befassen sich mit dem Fang der Arbeiterjugend, um diese in ihrem Sinne zu „vergiften". Tatsache sei ja, daß die Arbeiterschaft politisch noch nicht reif ist, deshalb müsse sie bestrebt sein, eine gewisse politische Schulung zu erlangen, die ihr durch Organisation geboten wird. Auch mit der Organisation der Arbeiterschaft werde man sich demnächst befassen. — An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich außer dem Vortragsredner und dem Versammlungsleiter mehrere Versammlungsteilnehmer und zwar in einer Weise, die sich nicht immer auf der schönen Linie bewegte. Die Ausführungen richteten sich gegen die schlechte Lebensmittelversorgung, die Herabsetzung der Kartoffelmenge, den ungerechten Milchverbrauch (die Milch auf den Gütern werde, anstatt den Kindern und Gebrechlichen, den prämiierten Bullen verabreicht), gegen die „schlafende Thorner Stadtverwaltung", die nicht imstande sei, den Schleichhandel zu beseitigen und der der Standpunkt einmal gründlich klar gemacht werden müsse durch einen Zug vor's Rathaus — wenn auch ohne Waffen; ferner wurden Parallelen gezogen zwischen den früheren und heutigen Preisen, weidlich auf die bürgerlichen Verbände geschimpft, diese „Ludergesellschaft", die den Arbeiter wieder drangsalieren wolle wie zur Zeit des konservativen Regimes. Aber das werde man zu verhindern wissen. Wie das Proletariat allein in der Lage sei, Vernichtetes wieder aufzubauen, so habe es auch Anspruch auf Erfüllung seiner Lohnforderungen und Respektierung seiner Arbeitszeit. Genosse Meitkowski warnte vor nationalen Vereinigungen, das einzig Richtige sei die Gewerkschaftsorganisation, die auf Wunsch auch in polnischer Sprache aufklärend wirken wolle. Genosse Neumann agitierte für Neuaufstellung der Forderung betr. das Bestehenbleiben der Arbeiterräte, damit diese nicht nur durch das Kontrollrecht, sondern auch durch gewisse Machtbefugnisse das Los des Arbeiters erleichtern können. Am Schlusse der Versammlung wurde eine Resolution an die Stadtverwaltung und die Regierung angenommen, worin die Notwendigkeit der Durchführung der Lohn- u. Arbeitsbedingungen betont und die Gegenbestrebungen des Unternehmertums und der bürgerlichen Presse, die unter der Parole „Abbau der Löhne" arbeiten, verurteilt wurden.

Zoppot. Todesfall. Im Alter von 50 Jahren ist hier der erste Bürgermeister Max Waldmann gestorben.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 28. Februar 1919.

St. Georgenkirche. Abends 6 Uhr: Betstunde. Herr Pfarrer Johst

Neueste Nachrichten.

Die Feindseligkeiten zwischen Ukrainern und Polen eingestellt.

Stanislau, 26. Februar. (Dr.) Der ukrainische Pressedienst meldet, daß die Feindseligkeiten zwischen Ukrainern und Polen an der ganzen Front eingestellt wurden. Während des Waffenstillstandes werden Verhandlungen über eine Waffenruhe bis zur Entscheidung aller Streitfragen durch die Friedenskonferenz stattfinden.

Bolschewisten in Frankreich.

Bern, 26. Februar. (Dr.) Wie der „Temps" aus Dünkirchen meldet, sind dort drei Delegierte des bolschewistischen Roten Kreuzes eingetroffen. Die Weiterreise wurde ihnen verweigert. 1½ Millionen Rubel, die sie bei sich führten, mußten in der Bank von Frankreich hinterlegt werden.

Berlin, 27. Februar. (Dr.) Der „Vorwärts" will melden können, in Paris seien bolschewistische Strömungen von bedeutender Stärke zu bemerken. Unter den Arbeitern werde lebhaft eine Kommission nach russischem Muster gepredigt. Die Regierung habe eine durchgreifende Gegenaktion angeordnet. Eine Anzahl von Haussuchungen und Verhaftungen seien bereits erfolgt.

Ausweisung sämtlicher Deutschen aus England?

Amsterdam, 26. Februar. (Dr.) „Daily Expreß" meldet aus London, daß das Innenamt beschlossen habe, alle Deutschen ohne Ausnahme aus dem Lande zu verweisen, sobald sie aus dem Internierungslager entlassen würden. Kein deutscher Kellner würde in England fortan bleiben dürfen.